

HÄNDE WEG VON SOZIALEN EINRICHTUNGEN!

Auch die Reichen müssen zahlen!

Keine Kürzungen bei den Jugendhäusern !

Die Demontage der Jugendhäuser muss vom Tisch. Die Begründungen von Herrn Peter Kurz sind nicht akzeptabel. Jugendhäuser sind gerade für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien oft die einzige Möglichkeit, sich in ihrer Freizeit kulturell und in ihrer Persönlichkeit zu entfalten.

Die Ganztagschulen können nicht die Funktion der Jugendhäuser übernehmen. Bildung wird nicht nur in der Schule vermittelt, sondern sollte auch in der Freizeit gefördert werden.

Die Erhöhung der Kita-Gebühren ist unsozial!

Die Angleichung der Kita-Gebühren an das ca. 20% höhere Gebührenniveau der kirchlichen Kindertagesstätten und die gleichzeitige Halbierung der Betreuungsgutscheine muss vom Tisch. Das Argument, die Eltern akzeptierten das höhere Preisniveau der Kirchen, ist fragwürdig. Die meisten Familien haben gar keine Wahl wegen der örtlichen Lage der Einrichtung oder weil die städtischen Plätze völlig ausgebucht sind. Wenn das Ziel der Gebührenfreiheit in der extremen Haushaltslage gegenwärtig nicht erreichbar ist, so muss mindestens eine einkommensabhängige Staffel wiedereingeführt werden.

Ein Problem ist, dass der städtische Anteil der Kita-Plätze nur 30 bis 40% beträgt. Die städtische Gebührenpolitik betrifft also die Mehrheit der Familien gar nicht, wohl aber die Betreuungsgutschein-Politik. Entscheidend ist jedoch, dass vor allem die nur wenig über der Grenze der wirtschaftlichen Jugendhilfegrenze liegenden Einkommen nicht zusätzlich belastet sondern entlastet werden.

Für die Einführung des Sozialpasses!

Der im Haushaltsentwurf angesetzte Familienpass muss umgewandelt werden in ein Instrument, das die gesellschaftliche Teilhabe einkommensschwacher Menschen ermöglicht. Von grundlegender Wichtigkeit sind hierbei eine wirtschaftliche Unterstützung der Mobilität dieser Menschen und die Beendigung der Schwarzfahrer kriminalisierung. Der fast vollständig abgeschaffte Sozialpass muss wieder zum Leben erweckt werden einschließlich Sozialticket.

Wie der „Ausweis“ am Ende heißt, ist unerheblich; auf den erzielten Effekt kommt es an. Es muss ein Beitrag u.a. gegen die zunehmende Kinderarmut sein.

Die an verschiedenen Stellen im Haushaltsstrukturprogramm enthaltenen Maßnahmen der kommunalen Beschäftigungspolitik dürfen nicht zu einer Zunahme der „Ein-Euro-Jobs“ führen und schon gar nicht zur Verdrängung tariflicher Festarbeitsplätze.

Für eine Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer!

All die genannten Anforderungen an den Doppelhaushalt kosten selbstverständlich Geld – so viel, dass eine Genehmigung des Haushalts durch das Regierungspräsidium unwahrscheinlich und die Zwangsverwaltung wahrscheinlich sein wird. Deshalb fordern wir eine Wiederanhebung der Gewerbsteuer auf 430 Prozentpunkte. Die Mannheimer Wirtschaft muss sich an der Abwendung der größten Fehlentwicklungen und sozialen Verwerfungen aufgrund des Krisenhaushaltes beteiligen.

Die geplante Erhöhung der Grundsteuer mit ihrem Belastungseffekt auch für geringverdienende MieterInnen ist bitter. Aber wir können die Gutverdienenden und Vermögenden nicht aus der Verantwortung lassen.

Die vorgeschlagene Beherbergungsgebühr / „Kulturabgabe“ für Hotelübernachtungen nach dem Vorbild von Köln oder Weimar ist angesichts der von der Hotelwirtschaft eingekauften Mehrwertsteuersenkung unterstützenswert. Sie kann die Gewerbesteuererhöhung aber nicht erübrigen.

Wir fordern:

- **Keine Kürzungen bei den Jugendhäusern**
- **Keine Erhöhung der KiTa Gebühren**
- **Keine Halbierung der Betreuungsgutscheine**
- **Einführung des Sozialpasses und des Sozialtickets**
- **Erhöhung der Gewerbsteuer**

Mach mit und protestiere gegen die Kürzungen im Haushalt

Am 1.MÄRZ 2010 am Paradeplatz um 15 Uhr

Bildungsstreik Mannheim